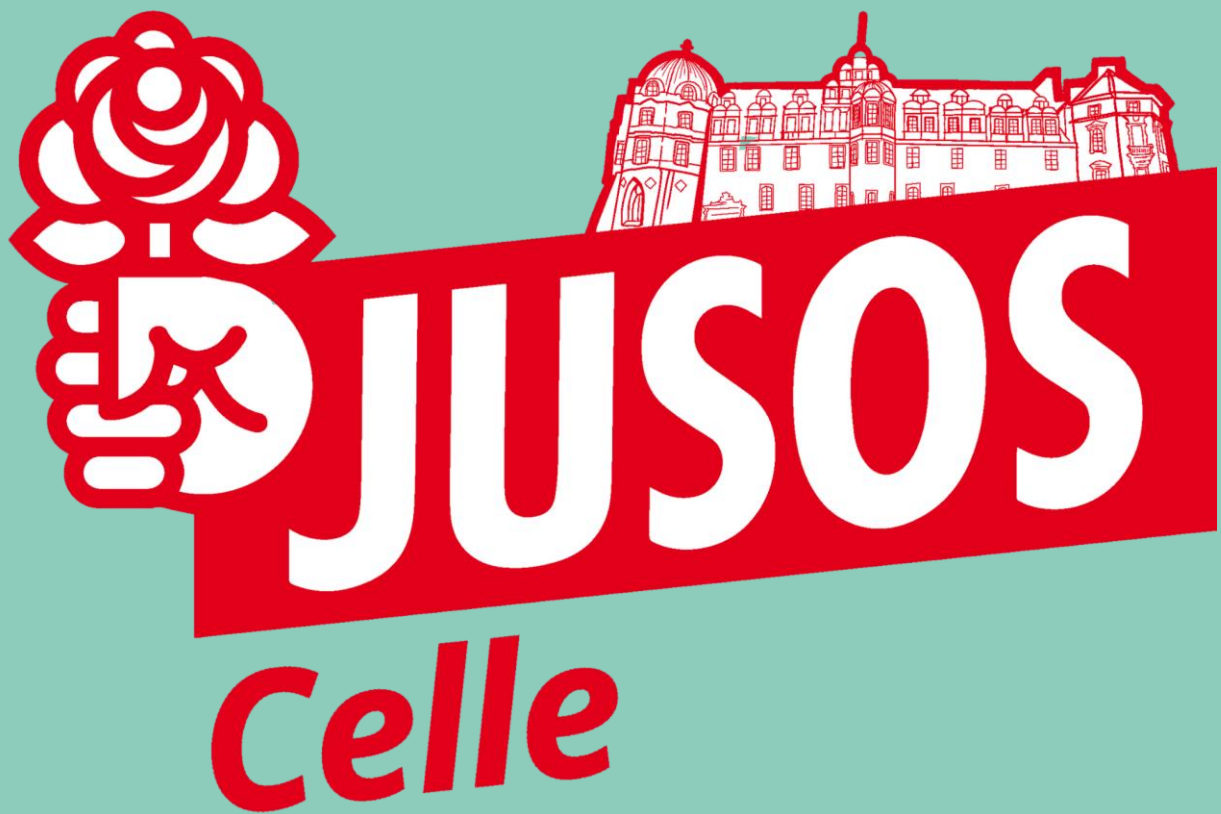


**BESCHLUSSBUCH
ZUR UNTERBEZIRKSKONFERENZ
DER JUSOS IM UNTERBEZIRK CELLE
AM 26.April 2025**



INHALTSVERZEICHNIS

Ini-Initiativanträge	3
Ini1 Doppelspitze ermöglichen	3
I-Inneres.....	4
I1 Echte sozialdemokratische Migrationspolitik	4
V-Verkehr.....	7
V1 Wir geben die Schiene nicht auf!.....	7
W-Wohnen.....	9
W1 Wohnen günstiger machen – Nebenkosten runter!.....	9

Ini-Initiativanträge

Ini1 Doppelspitze ermöglichen

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand

Weiterleitung an:

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

- 1 Die Jusos im Unterbezirk Celle mögen beschließen §15 der Satzung wie folgt anzupas-
2 sen:
3 §15 Zusammensetzung und Arbeitsweise des Unterbezirksvorstands Der Unterbezirks-
4 vorstand setzt sich zusammen aus einer/einem Vorsitzenden oder einer paritätisch be-
5 setzten Doppelspitze sowie einer von der Unterbezirkskonferenz festgelegten Anzahl an
6 stellvertretenden Vorsitzenden. Auf Beschluss der Juso-Unterbezirkskonferenz kann zu-
7 dem eine ebenfalls festzulegende Anzahl von Beisitzer*innen gewählt werden. Die oder
8 der Vorsitzende bzw. die Doppelspitze übernimmt die Vertretung des Vorstands nach
9 außen. Der Unterbezirksvorstand arbeitet als kollegiales Gremium und trifft seine Ent-
10 scheidungen auf demokratischer Grundlage mit Mehrheitsbeschluss.
11
12 Begründung:
13 Zur Ermöglichung einer Doppelspitze muss eine Satzungsanpassung erfolgen. Die Mit-
14 glieder erhalten so die Möglichkeit bei jeder UBK abzustimmen, ob es eine oder zwei
15 vorsitzende Personen gibt.

I-Inneres

I1 Echte sozialdemokratische Migrationspolitik

Antragsteller*in: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD hat sich im Bundestagswahlkampf und innerhalb der Bundesregierung als Wasser auf den Mühlen der AfD erwiesen, während sie das Gegenteil versuchte. Durch harte Forderungen in der Asyl- und Migrationspolitik reagierte sie auf tragische Anschläge unter anderem von psychisch erkrankten Schutzsuchenden. Die Namen der Opfer wurden jedoch nicht zum Anlass genommen, systematische Probleme zu lösen, sondern um Schutzsuchende pauschal mit Kriminalität gleichzusetzen. Dies führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern unterstützt eine verzerrte Realitätswahrnehmung durch ein Zusammenspiel aus Medien und Politik, die letztlich nur den Rechten nützt.

Sicherheit durch echte Prävention statt populistischer Reaktionen

Die populistische Verknüpfung von Migration und innerer Sicherheit ist nicht nur haltlos, sondern auch politisch verheerend. Kriminologische Erkenntnisse zeigen, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewalttaten gibt.¹ Dennoch hat die SPD in Wahlkämpfen und Regierungsverantwortung dazu beigetragen, diesen Zusammenhang in der öffentlichen Wahrnehmung zu festigen.

In seiner Reaktion auf den Anschlag in Aschaffenburg schrieb der SPD-Parteivorstand in seinem Beschluss vom 27.01.2025 etwa:

„Um [...] die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken, hat die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz in den letzten Jahren bereits viele weitreichende Maßnahmen ergriffen, um die Migrationspolitik zu ordnen und insbesondere die irreguläre Migration zu begrenzen.“ Später hieß es zudem: „Die von uns eingeführten Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen wollen wir so lange fortführen, wie es die Sicherheitslage erfordert. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die

26 Asylzahlen deutlich zu senken und irreguläre Zuwanderung zu verhindern. Mit diesen
27 Vorschlägen gehen wir einen konsequenten und verantwortungsvollen Weg.“.

28
29 Diese Aussage des SPD-Parteivorstands offenbart eine gefährliche rhetorische Falle:
30 Anstatt sich der Herausforderung zu stellen, Sicherheit faktenbasiert und sozialdemo-
31 kratisch zu gestalten, wird die Debatte um Anschläge und Gewalt mit restriktiver Migrati-
32 onspolitik verknüpft. Das impliziert, dass Sicherheit in erster Linie durch Abschiebungen
33 und Migrationsbegrenzung erreicht werden könne – eine Argumentationslinie, die sich
34 nahtlos in das Weltbild der AfD einfügt und im Widerspruch zur insgesamt sozialde-
35 mokratischen Agenda steht. Vielmehr legitimiert sie den zuvor bereits rechtspopulistisch
36 geführten Diskurs.

37
38 Sie ignoriert wesentliche Ursachen für Gewalttaten, wie psychische Erkrankungen, sozi-
39 ale Desintegration und Radikalisierungsprozesse, die nicht an Staatsgrenzen oder Auf-
40 enthaltstiteln haltmachen. Der SPD-Parteivorstand hat so beispielsweise nicht bessere
41 psychologische Unterstützungsangebote für Schutzsuchende gefordert, sondern ledig-
42 lich Maßnahmen, damit psychisch Kranke besser von den Behörden erfasst werden
43 können. Während die SPD durch die Glorifizierung von Abschiebungen zur Dämonisie-
44 rung von Migration durch Asylgesuche beigetragen hat, hat sie gleichzeitig Deutsch-
45 lands Rolle als Einwanderungsland hervorgehoben. Wenn wir als SPD nach jedem An-
46 schlag reflexartig nach mehr Abschiebungen rufen, verlieren wir an Glaubwürdigkeit, da
47 unsere Antworten insgesamt eine Annäherung an bereits bestehende rechtspopulisti-
48 sche Forderungen sind. Wir treiben Wählerinnen und Wähler direkt zur AfD, da sie das
49 „Original“ in dieser Debatte bleiben. Sie hat eine radikalere Position und stellt eine kon-
50 sequentere Antwort für die alternative Realität dar, deren Co-Autor wir sind. Es ist als
51 SPD unmöglich, das von den Rechten konstruierte Problem „Migration“ so zu bekämp-
52 fen, dass wir dabei glaubhaft bleiben. Es ist auch nicht unser Auftrag. Unser Auftrag ist
53 es, eine pragmatische, soziale und menschenwürdige Politik zu gestalten. Je weiter wir
54 nach rechts rücken, desto weniger werden wir als echte Alternative wahrgenommen.
55 Immerhin stellt sich die Frage: Wie weit nach Rechts sollen wir noch gehen? Ab wann
56 soll diese Strategie plötzlich ihre Wirkung entfalten? **Wird es noch eine sozialdemo-**
57 **kratische „Remigration“ geben?**

58
59 Die SPD-Leitung der Koalitionsverhandlungsgruppe „Innen, Recht, Migration und In-
60 tegration“ schlägt eine Annäherung an die skandinavische Abschottungspolitik vor³. Die
61 Friedrich-Ebert-Stiftung bewertet diese Politik zurecht als „[b]emerkenswerte Abkehr
62 von sozialdemokratischen Werten“, da sie den völkerrechtlichen Verpflichtungen wider-
63 spricht, Schutzsuchenden grundlegende Rechte und Schutz zu garantieren.⁴ Wir

64 könnten uns auf gut Glück so weit verbiegen, bis von der ehrwürdigen „Sozialdemokra-
65 tie“ nur noch die „Demokratie“ bleibt. Doch um welchen Preis?

67 Stattdessen muss sich die SPD klar und glaubwürdig für eine Politik einsetzen, die tat-
68 sächlich Sicherheit schafft. In diesem Sinne beschließen wir:

70 • Besserer Schutz durch Prävention: Wir brauchen umfassende psychologische und
71 soziale Präventionsprogramme, um gefährliche Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu
72 erkennen und zu unterbinden – unabhängig von Herkunft oder Status. Wer es ernst
73 meint mit Sicherheit, muss gezielt in psychologische und soziale Betreuung investieren.
74 Wir fordern die Entwicklung gezielter psychologischer Unterstützungsprogramme für
75 Asylsuchende und die Berücksichtigung psychischer Belastung bei der Ausgestaltung
76 der Asylverfahren.

77 • Kommunikation über Fakten, nicht über Panikmache: Es ist unsere historische Ver-
78 antwortung, ein glaubhafter Gegenpol zum Populismus der CDU, AfD und Co. zu wer-
79 den. Die SPD muss sich aktiv gegen die Emotionalisierung der Debatte stellen und
80 stattdessen faktenbasierte Narrative entwickeln, die weder die Probleme ausblenden
81 noch die Falschdarstellungen der Rechten übernehmen. Dazu gehört ein konsequenter
82 und kampagnenstarker Kampf gegen eine konstruierte Verknüpfung von Asyl- und Mig-
83 rationspolitik mit der Inneren Sicherheit sowie Reflexion der eigenen politischen Kom-
84 munikation.

85 • Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft: Wir fordern eine finanzielle Absiche-
86 rung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus und
87 Feinde der Demokratie einsetzen. Dazu muss das Demokratiefördergesetz sofort auf
88 den Weg gebracht werden.

91 ¹ [Vgl. „Steigert Migration die Kriminalität? Ein datenbasierter Blick“, Ifo Institut, 2025](#)

92 ² [Vgl. „Beschluss des SPD Parteivorstandes am 27.01.2025“, SPD, 2025](#)

93 ³ [Vgl. „SPD Politiker fordert restriktivere Migrationspolitik wie in Skandinavien“, Welt,
94 2024](#)

95 ⁴ [Vgl. „Restriktiv & Kontrovers: Neue sozialdemokratische Migrationspolitik in Däne-
96 mark“, FES, 2024](#)

V-Verkehr

V1 Wir geben die Schiene nicht auf!

Antragsteller*in: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

1 Als Jusos und SPD im Landkreis Celle stehen wir weiterhin für die Reaktivierung der
2 Schienenstrecken nach Wittingen, Soltau sowie Beckedorf/Munster ein. Trotz der aktu-
3 ellen Herausforderungen halten wir an unserem Ziel fest, die Schiene als Rückgrat ei-
4 ner nachhaltigen Mobilität im ländlichen Raum zu stärken.

Wir fordern folgende Maßnahmen:

1. Das 2023 im Kreistag beschlossene und initiierte Gutachten soll gemeinsam mit
den betroffenen Landkreisen weiterbearbeitet und fortgeführt werden.

2. Lokale Bürgerinitiativen, die sich für die Reaktivierung der Strecken einsetzen,
sollen aktiv unterstützt und vernetzt werden. Mit dem VCD Celle soll kurzfristig
ein fachlicher Austausch organisiert werden.

3. Eine mögliche Neubaustrecke setzt für uns voraus, dass die betroffenen Ge-
meinden auch einen Anschluss an den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)
erhalten.

4. Der bestehende ÖPNV muss gezielt ausgebaut und durch flexible On-Demand-
Angebote ergänzt werden, um das Gesamtnetz attraktiver zu machen.

Begründung:

Jedes Dorf im Landkreis mit dem Zug erreichen? Heute kaum vorstellbar – bis in die
1970er Jahre jedoch Realität. Damals verbanden insgesamt acht Bahnstrecken Celle
mit Hannover, Lehrte, Hamburg, Wahnebergen, Munster, Soltau, Gifhorn, Braun-
schweig und Wittingen. Heute findet regelmäßiger Personenverkehr nur noch auf der
Strecke Hannover–Celle über Lehrte bzw. Großburgwedel sowie in Richtung Hamburg
statt. Einige Strecken dienen noch dem Güterverkehr, andere sind bereits vollständig
rückgebaut.

25 Zwischen 2013 und 2015 führte das Land Niedersachsen eine erste Reaktivierungsun-
26 tersuchung durch – leider ohne Ergebnisse für den Raum Celle. Seit 2023 läuft eine
27 zweite Reaktivierungsrunde. Hier wurden die Strecken Celle–Soltau über Bergen,
28 Celle–Beckedorf–(Munster) und Celle–Wittingen über Lachendorf einbezogen. Im März
29 2025 wurden die Ergebnisse der Nutzwertanalysen veröffentlicht: Alle untersuchten
30 Strecken im Landkreis wiesen einen negativen Kosten-Nutzen-Indikator auf und sollen
31 daher aus dem Reaktivierungsprogramm ausscheiden.

32
33 Bereits 2023 hat die SPD-Kreistagsfraktion ein eigenes Gutachten auf den Weg ge-
34 bracht, dass stärker die spezifischen Voraussetzungen im Landkreis Celle in den Blick
35 nimmt. Dieses bietet die Möglichkeit für ergänzende und detaillierte Einblicke in die An-
36 forderungen für eine erfolgreiche Reaktivierung. In der Bewertung des Landes (LNVG)
37 erhält der Landkreis auch Abzüge aufgrund des unzureichend ausgebauten Busnetzes
38 – zu viele Menschen haben aktuell keine Möglichkeit, auf den ÖPNV umzusteigen. Die
39 notwendige Konsequenz daraus ist ein gezielter und dauerhafter Ausbau des Busnet-
40 zes sowie der Ausbau flexibler, bedarfsgesteuerter Verkehre.

41
42 Erfahrungen aus anderen Landkreisen zeigen: Bürgerinitiativen und lokale politische
43 Akteur*Innen können entscheidenden Einfluss auf den Erfolg von Reaktivierungsverfah-
44 ren nehmen. Der VCD Celle hat kürzlich eine Liste mit Optimierungsvorschlägen veröf-
45 fentlicht, diese muss in die Nachbetrachtung mit Kreis und Land einfließen. Im Gegen-
46 satz dazu fehlt derzeit im Landtag eine starke Stimme für den Schienenverkehr aus
47 dem Landkreis Celle. Umso wichtiger ist es, dass wir vor Ort gemeinsam Verantwortung
48 übernehmen und Bürger*Innen motivieren, sich für eine starke Schiene einzusetzen.

49
50 Gleichzeitig beobachten wir mit Sorge, dass die Diskussion im Landkreis davon geprägt
51 ist, wie ein Ausbau der Schiene verhindert werden kann. So werden aktuell Pläne für
52 die Bestandsstrecke Hannover–Hamburg diskutiert, die keine zusätzlichen Kapazitäten
53 schaffen und stattdessen die Anwohner*innen stärker belasten würden. Stattdessen
54 braucht es eine offene Diskussion über die beste Trassenführung für eine Neubaustre-
55 cke – mit dem Ziel, sowohl die Kapazitäten des Schienennetzes zu erhöhen als auch
56 die betroffenen Regionen mit einem SPNV-Anschluss zu versehen.

W-Wohnen

W1 Wohnen günstiger machen – Nebenkosten runter!

Antragsteller*in: Yannis Naumann

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die Jusos im Unterbezirk Celle fordern die SPD auf, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Subventionierung eines Basisverbrauchs von Energie und Wasser

Der Zugang zu Strom, Gas und Wasser muss gewährleistet werden. Daher soll ein angemessener Grundbedarf pro Haushalt staatlich subventioniert werden, um eine bezahlbare Grundversorgung für alle sicherzustellen.

2. Mehr Transparenz und Fairness bei Nebenkostenabrechnungen

Um Mieter*Innen besser zu schützen und ihnen ihre Rechte zu erleichtern, sollen:

- digitale Belege zur Nebenkostenabrechnung kostenfrei zur Verfügung gestellt werden,
- Nachweise zur Wirtschaftlichkeit einzelner Nebenkostenbestandteile unentgeltlich bereitgestellt werden müssen,
- sowie die Hilfsangebote von Verbraucherzentralen und gemeinnützigen Beratungsstellen strukturell und finanziell gestärkt werden.

3. Förderung von Mieterstrom und Ausbau erneuerbarer Energien

Damit auch Mieter*Innen stärker von der Energiewende profitieren, setzen wir uns ein für:

- den gezielten Abbau bürokratischer Hürden bei der Umsetzung von Mieterstromprojekten,
- den Aufbau standardisierter Kommunikationsstrukturen zwischen Stromanbietern, Messstellenbetreibern und Netzbetreibern,
- sowie die Einführung verbindlicher Richtlinien und Quoten für die Installation echter Smart-Meter.

Begründung:

In der wohnungspolitischen Debatte stehen häufig die Kaltmieten im Fokus. Dabei geraten die Nebenkosten – oft auch als "zweite Miete" bezeichnet – zu Unrecht in den Hintergrund, obwohl sie einen erheblichen Anteil der Wohnkosten ausmachen. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen sind hier überdurchschnittlich belastet, da Grundbedürfnisse wie Strom, Heizung oder Wasser unabhängig vom Einkommen gedeckt werden müssen. Eine sozial gerechte Subventionierung des Basisverbrauchs ist daher notwendig, da sie Haushalte mit niedrigem Verbrauch besonders entlastet und gleichzeitig ökologisch sinnvoll ist.

Zudem sind Nebenkostenabrechnungen oft komplex und für viele schwer nachvollziehbar. Unterstützung durch Verbraucherzentralen und Hilfevereinen ist hilfreich, scheitert jedoch häufig an fehlender Finanzierung. Auch die derzeitige Praxis der Belegeinsicht ist nicht zeitgemäß: Wer seine Abrechnung prüfen will, muss diese oft vor Ort einsehen und zahlt unter Umständen sogar für (digitale) Kopien. Eine kostenlose, digitale Bereitstellung der Unterlagen sollte Standard sein.

Ein weiteres großes Potenzial liegt im Bereich der dezentralen Energieerzeugung. Insbesondere der Mieterstrom – also Strom, der aus Photovoltaik-Anlagen auf Mietshäusern direkt an die Bewohner*Innen geliefert wird – ist bislang unterausgeschöpft. Die Hürden sind zahlreich: komplexe rechtliche Rahmenbedingungen, technische Anforderungen und mangelnde Kooperation der beteiligten Akteur*Innen. Dabei bietet Mieterstrom Vorteile für alle Seiten – für Umwelt, Mieter*Innen und Vermieter*Innen gleichermaßen. Dieses Potenzial muss durch gezielte Förderung und Bürokratieabbau endlich gehoben werden.